

Regelmäßige Samstagsarbeit wird abgelehnt

...aber auch andere Punkte stoßen auf Widerstand

Viele Mitarbeiter sind einfach empört. Die Folgen der letzten sogenannten Standortvereinbarung sind noch nicht richtig verdaut, da will Bayer schon wieder zulangen:

- Umsetzung der Entgeltabsenkungen in sogenannten Dienstleistungsbereichen
- Weitere Flexibilisierung von Einsatzmöglichkeiten von Mitarbeitern im Konzern
- Regelmäßige Samstagsarbeit
- Weiterer Personalabbau
- Weitere Maßnahmen wie z.B. verschlechterte Eingruppierungsrichtlinien

Eine repräsentative Befragung von 276 Mitarbeitern vor den Toren des Pharma - Forschungszentrums in Wuppertal hat ergeben, dass 7 Mitarbeiter bereit wären, regelmäßig Samstagsarbeit zu leisten, 8 Mitarbeiter konnten oder wollten sich nicht entscheiden und 261 KollegInnen haben das Ansinnen der Bayer AG abgelehnt. Also eine deutliche 94 % - Mehrheit gegen verordnete, regelmäßige Samstagsarbeit.

Profite vor Menschlichkeit

Die Mitarbeiter sehen auch, dass regelmäßige Samstagsarbeit in der Produktion, im Handwerk und anderen Bereichen weder den Standort noch den Arbeitsplatz sicherer machen. Rechnet sich das Geschäft für die Bayer AG nicht mehr, so werden auch Arbeitsplätze, wo vollkontinuierlich (die brutalste Form für Menschen) gearbeitet werden musste, erbarmungslos vernichtet. Alles, auch die geforderte Samstagsarbeit, dient ausschließlich dazu, noch schneller, noch billiger mit Produkten auf dem Markt zu sein und noch mehr Gewinn

zu machen, um für die Aktionäre eine noch höhere Dividende zu erreichen. Und kommt ein Produkt unter die "Irrsinnshürde", die von Bayer als "Minimumgewinn" deklariert wird, so sind angeblich die Arbeitsplätze in Gefahr. Auch eine weitere Flexibilisierung des Personaleinsatzes ist weder notwendig noch sinnvoll. Schon heute müssen täglich hunderte KollegInnen von Leverkusen nach Wuppertal, von Uerdingen nach Dormagen, usw.fahren. Ein volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Mitarbeiter aus der Produktion fahren nachts teilweise mehr als 60 km, um nach Hause zu kommen. Und sie sind



ab 4 Uhr unterwegs, damit sie zum Schichtwechsel um 6 Uhr pünktlich da sind.

Auszubildende, die in Uerdingen, Leverkusen oder Wuppertal ihre Ausbildung gemacht haben, werden in anderen Werken eingesetzt. Mitarbeiter, deren Arbeitsbereich umorganisiert wurde, sind bis nach England oder USA gegangen.

Was will Bayer denn noch ?

Ganze Belegschaften, möglichst ohne Widerspruchsrecht der Betroffenen und ohne Mitwirkung von Betriebsräten nach Bedarf rund um die Uhr gerade dort einsetzen, wo Mitarbeiter benötigt werden?? Am liebsten, ja! Aber viele KollegInnen haben schon heute die Nase voll von der teilweisen idiotischen, strategisch flexiblen Personalplanung in der Bayer AG. Die möglichen weiteren Tarifabsenkungen (die IGBCE hat bereits allgemeine Entgeltabsenkungen auf 95% für Berufsanfänger, auf 90% für sogenannte Langzeitarbeitslose und bei der Jahresleistung ebenfalls auf 95% vereinbart) in den Dienstleistungsbereichen (und welcher Bereich könnte dies nicht sein?) werden auch nicht verhindern, dass Bayer Arbeitsplätze vernichtet. Hier haben unsere "Globalplayer" in

Fortsetzung auf Seite 2



Morgen,
Freitag, den 15. September 2000 ab 9.00 Uhr
Betriebsversammlung
in der Sporthalle in der Rutenbeck

Es werden Busse eingesetzt. Die genauen Abfahrtszeiten entnehmen Sie bitte den Aushängen des Betriebsrates.

Regelmäßige Samstagsarbeit wird abgelehnt

der Gewerkschaft den Beschäftigten einen Bärendienst erwiesen.

- Produktionsvorteile gegenüber amerikanischen oder europäischen Konkurrenten?
- Dem Caterer, der seinen Beschäftigten in der Kantine 8,-DM die Stunde weniger zahlt, Paroli bieten?
- Oder den Spediteur "aus dem Feld schlagen", der seine Fahrer gegen jedes Gesetz 15 Stunden fahren läßt und das auch noch für 7,-DM je Stunde weniger als unsere Kollegen bekommen?

Nein, das ist unmöglich. Denn auch der Caterer, die Spediteure, die Unternehmen, die EDV-Dienstleistungen anbieten, die Wach- und Schließgesellschaften, usw. drücken den Lohn ihrer Beschäftigten.

Genau mit der gleichen Logik, genau mit den gleichen Argumenten.

Überall auf dieser schönen Welt.

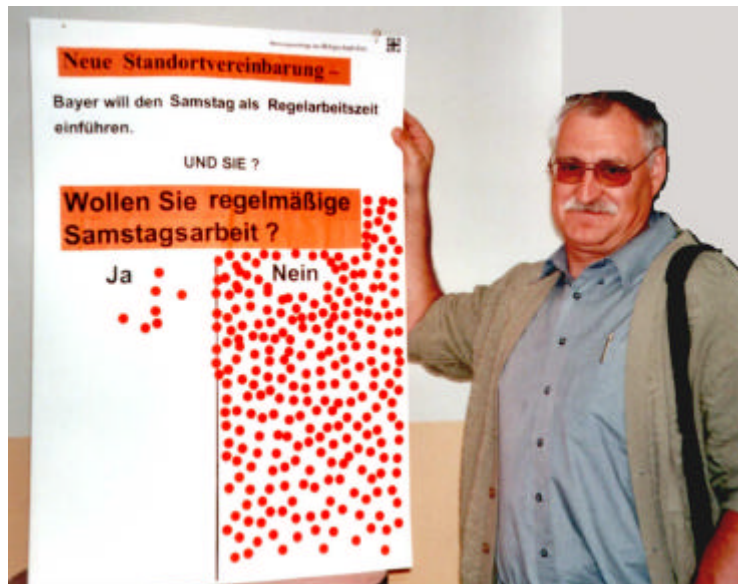
Scheinheilig

Heute jammern genau diejenigen Betriebsräte, die diesen Elendsvertrag mit vereinbart haben, in der Betriebsöffentlichkeit herum. Scheinheilig oder hilflos. Oder dummdreist.

Die Betriebsräte, die jetzt wieder hergehen und in "bewährter sozialpartnerschaftlicher Manier" über eine weitere Standortvereinbarung reden und verhandeln, sollen wissen, dass sie dies gegen den Willen der meisten Beschäftigten tun, dass das Maß, dass uns Beschäftigten zugemutet wird, voll ist, dass es andere

Möglichkeiten gibt, um Arbeitsplätze und Interessen voran zu bringen Beschäftigten zu vertreten (siehe unten: Opel - Vereinbarung).

Wir bitten alle Beschäftigten, dort wo es auf Versammlungen, Schulungen, Besprechungen und im Betrieb möglich ist, ihre Betriebsräte anzusprechen und aufzufordern, keine Anschlussvereinbarung abzuschließen.



Diese Zeitung ist auf Umweltschutzpapier gedruckt worden!
Vielen Dank an alle, die mit ihrer Spende geholfen haben, diese Zeitung zu erstellen! Unsere Konto-Nr.: 4760625 Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort: Hochwald/Belegschaftsinfo

Zur Erinnerung:

Jahr	Bonus	Dividende in €	Gewinn n. Steuern in Mio €	Mitarbeiter
1995	80%	0,77	592	48834
1996	85%	0,87	695	47075
1997	35%	0,97	746	45707
1998	35%	1,02	1095	43386
1999	35%	1,3	1076	41455

Opel - Belegschaft wehrt sich erfolgreich

Am 14. und 15. Juni dieses Jahres hat die Belegschaft von Opel in Bochum die Arbeit niedergelegt. Hintergrund war die geplante Zusammenarbeit von General Motors und Fiat. Die Beschäftigten befürchteten Personalabbau sowie Druck auf Entgelte und Sozialleistungen.

Personalabbau trotz Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen (wie bei Bayer), Mauscheleien zwischen Betriebsratsmehrheit und Unternehmen (wie bei Bayer) ließen die Kollegen misstrauisch werden. Zwei Tage Streik reichten, um europaweite Produktionsausfälle zu verursachen. Eine

Sprache, die das Management verstand und folgende Zusagen machte: Unbefristete Entgeltgarantien, die Beschäftigten von eventuell ausgegliederten Bereichen werden nicht nur weiter von den Opel - Betriebsräten vertreten, sie haben auch Anrecht auf alle Opel - Vereinbarungen.

Betriebsräte der Belegschaftsliste ; V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;
Olaf Augustin, PH-R CWL, Geb. 456, Tel. 8604
Ulrich Franz, PH-R SID, Geb. 459, Tel. 4475
Eike Gardlo, PH-R MST, Geb. 405, Tel. 4905
Michael Groß, PH-EO-CP K, Geb. 405, Tel. 8465
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54 Tel. (0202)36--7543
Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345
Björn Reitz, PH-OP ELB AQ, Geb. 302, Tel. 2765

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546
Gerd-Peter Zielesinski, PH-OP-ELB WP Betr. 2/4/6, Geb. 9, Tel. 2608

Erste Ersatzmitglieder :
Peter Rauh, PH-PD Toxikologie, Geb. 508, Tel. 8670
Frank Samland, PH-OP WP Betr. 1/3, Geb. 222, Tel. 7752

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de



Abgerissen und aufgebaut

Die Abrissarbeiten der Pflanzenschutz-Gebäude 214 und 218 sollen bis zum 1. Quartal 2001 abgeschlossen sein.

Im Bereich des heutigen Pflanzenschutzes wird voraussichtlich das Produktionsgebäude für Kogenate 3 (KG 3) errichtet.

Noch in diesen Jahr soll das ehemalige Pharma- 5 Gebäude 150 verschwunden sein.

Der Neubau der Schwebebahnhaltestelle Varresbeck und der Austausch des Schwebebahngerüstes von Tor 1 bis zur Brücke an Gebäude 152 soll 2001 abgeschlossen werden. Ein weiteres dreiviertel Jahr wird der Austausch des Schwebebahngerüstes innerhalb des Werkes Richtung Osten in Anspruch nehmen.

Das Gebäude 50 der Biochemie am Kiesberg wird abgerissen. Ob dann der dortige Pförtner samt Brücke geschlossen wird, ist noch unklar.

Das Gebäude 25 wird der Biochemie zur Verfügung gestellt. Die MitarbeiterInnen der UWS werden dann zum größten Teil ihre Arbeitsplätze in Geb. 302 haben.

Das Gebäude 131 wird in Zukunft als Kilolabor Mitarbeiter der VE Chemie beherbergen.

Das ehemalige Gebäude der Ärztlichen Abteilung an der Friedrich-Ebert-Straße wurde an die Arbeitsgruppe um Frau Dr. Brill, PD Projektmanagement vermietet.

Im Forschungszentrum wurde das Gebäude 456 für ca. 50 Mio. Euro fertiggestellt.

Ebenfalls für das CWL wird das Gebäude 460 für 40 Mio. Euro umgebaut.

Das neue Gebäude 457 für die Präparatesammlung wird für ca. 20 Mio. Euro erstellt.

Neuer Tarifvertrag für Hochschulabsolventen - Mindestjahresbezüge für 2000 und 2001

Die Anfangsgehälter für Berufsanfänger sind nicht starr festgelegt, sondern variieren je nach Art des Unternehmens. Die Jahresbezüge für akademische technische und naturwissenschaftliche Angestellte in der Chemischen Industrie werden vom Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie (VAA) und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) ausgehandelt. Die IGBCE als hier zuständige Gewerkschaft ist seit Jahren nicht mehr in der Lage, für diese Beschäftigten einen Tarifvertrag abzuschließen.

Tarifabschluß vom 02.05.2000:

Akademiker mit einem technischen oder naturwissenschaftlichen Hochschulabschluss (Chemie, Physik, Biologie u. a.) erhalten für die Jahre 2000 und 2001 jeweils um 2,2 Prozent höhere Einstiegsgehälter. Darauf einigten sich am 2. Mai in Wiesbaden der VAA und der BAVC.

Für das Jahr 2000 belaufen sich die Mindestjahresbezüge für diplomierte Angestellte auf 84.470 DM und für Angestellte mit Promotion auf 98.320 DM, im Jahr 2001 steigen die Bezüge auf 86.330 DM beziehungsweise 100.500 DM.

Diese Mindestjahresbezüge gelten für das zweite Jahr der Beschäftigung von Akademikern in der chemischen Indu-

strie. Für das erste Jahr können die Bezüge zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer frei vereinbart werden. Dieser Zeitraum entspricht häufig der Probezeit. Die tariflichen Mindestjahresbezüge umfassen neben dem laufenden Gehalt auch variable Sonderzahlungen.

Der Tarifvertrag gilt für die alten Bundesländer einschließlich des ehemaligen Westteils von Berlin.

(Quelle: Pressemitteilung des VAA vom 2.5.2000) Kommentar der GDCh - Gesellschaft Deutscher Chemiker dazu:

Für berufserfahrene Chemiker/innen gelten keine Tarife. Leistung und Erfolg bestimmen die Einstufung.



Big brother

Jeder kennt es, plötzlich rattert die Festplatte des Arbeitsplatz-PC's (APC) wie verrückt los. Ist es ein I love you Virenangriff, hat der Rechner ein Eigenleben mit höherer Intelligenz, greift jemand zur Kontrolle auf den PC zu?

Eigentlich dürfen solche Zugriffe nicht passieren, denn per Betriebsvereinbarung ist geregelt, dass bei Zugriffen auf den PC eine Einwilligung des Benutzers vorliegen muss. Auszüge aus der Vereinbarung drucken wir im folgenden ab: Beim Einsatz von Remote-Control-Systemen müssen folgende Sicherheitsregeln beachtet werden:

Jeder RC-Zugriff auf einen Anwender-APC muß vom Anwender bestätigt und freigegeben werden. Der RC-Zugriff darf nicht gestartet werden, wenn keine Freigabe erteilt wurde.

Der Anwender muß zu jeder Zeit die Möglichkeit haben, den RC-Zugriff selbst zu beenden.

Ein RC-Zugriff zu einem APC ist durch eine Symbolanzeige auf dem APC-Bildschirm des Anwenders sichtbar und sofort erkennbar zu machen.

Der RC-Administrator darf sich selbst keine Zugriffsrechte auf fremde APCs vergeben oder bestehende Zugriffsrechte ändern können.

Remote-Control-Rechte werden ausschließlich durch Systemadministratoren vergeben.

Eine Übergangszeit für Ausnahmen gilt bis Ende des Jahres, aber nur wenn die existierende Software z.B. eine Bestätigung des Anwenders nicht unterstützt. Dieses ist nach unserer Kenntnis bei der bei Bayer eingesetzten Software nicht der Fall.

Also, den Systembetreuer eine kleine E-mail schreiben, dass die Vereinbarung zum Zugriff eingehalten wird, bzw. dass er die Software richtig konfiguriert.

Bewegung tut Not

Rechtsradikale Umtriebe finden aller Orts statt, auch die sonst verharmlosenden Staatsorgane (Polizei etc.) und die Presse kommen nicht mehr umhin, dieses festzustellen. So erwähnte der Wuppertaler Polizeipräsident auf einer SPD-Veranstaltung, dass monatlich durchschnittlich 5 Vorfälle mit rechtsradikalem Hintergrund in Wuppertal stattfinden.

Am 23.8. hatten der DGB und die IG Metall zu einer Veranstaltung eingeladen. Gekommen waren knapp 80 Gewerkschafter und andere an dem Thema Interessierte.

Es wurde eine Vielzahl von Vorschlägen diskutiert, wie dem Rechtsradikalismus Einhalt geboten werden kann.

Fazit: es gibt viel zu tun für den DGB, um alle Vorstellungen zu organisieren. Eine Folgeveranstaltung wurde deswegen angesetzt.

Auch die Belegschaftsliste hat in diesem Rahmen Vorstöße unternommen.

- Herr Hardt von der Ausbildungsabteilung sicherte zu, die Gefahr des Rechtsradikalismus zum Thema zu machen.
- Der Betriebsrat wurde aufgefordert, das Thema Rechtsradikalismus auf der Betriebsversammlung aufzunehmen.
- Daraufhin wurde der Wuppertaler Oberbürgermeister Kremendahl zur Betriebsversammlung eingeladen.

In der Diskussion über Rechtsradikalismus wurde festgestellt, dass als ein ideologisches Fundament die Standortdebatten und die Konkurrenzlogik dient. Denn wenn man die Beschäftigten in anderen Unternehmen oder anderen Ländern als Konkurrenten des eigenen "Standortes", sprich des eigenen Arbeitsplatzes, an-

sieht, gegen die gekämpft werden muss (Ebsworth-Vorstellungen), ist der Schritt nicht mehr weit, diesen Anderen als Feind anzusehen und mit rechtsradikalen, (ausländer-)feindlichen Parolen zu begegnen.

Am 29.8. fand eine Veranstaltung der Linken, turbulenten Strömung Bergisch Land zum Thema Rechtsradikalismus, Ursachen, Situation und Gegenwehr mit ebenfalls fast 80 Teilnehmer statt.

Der Wissenschaftler Alfred Schobert vom DISS-Institut, Experte für Rechtsradikalismus, führte aus, dass der neue Rechtsradikalismus sich aus der Mitte dieser bundesdeutschen Gesell-



schaft entwickelt. Vereinfacht dargestellt: Die Diskussion um eine harmlose Doppelstaatsangehörigkeit ist hier zu nennen. Wer in einem Land geboren ist und/oder dort seinen Lebensmittelpunkt hat, ist in einem modernen Staat Bürger dieses Staates, während in der BRD die "Blutzugehörigkeit" für die Staatsangehörigkeit ausschlaggebend ist.

Selbst die bestehende neue "Doppelte Staatsbürgerschaft" hat im Kern die "Blutzugehörigkeit" zur Grundlage. Das hinderte die CDU jedoch nicht daran, gegen diese halberzige Gesetzesregelung mit einer Hetze gegen ausländische Mitbürger auf Stimmenfang bei den Wählern zu gehen.

Die NPD nahm diese Steilvorlage mit dem Slogan "Was andere versprechen, halten wir - deutsche Arbeitsplätze für Deutsche" gerne auf. Die CDU wurde vom Referenten Schobert hier nur beispielhaft aufgeführt. Ähnliche Beispiele hatte er auch zur SPD/den Grünen. Man denke an die Diskrepanz von Flüchtlingspolitik und Greencardvergabe: einerseits wird eine Elite ins Land geholt, während politisch Verfolgte gleichzeitig abgeschoben werden.

Die Vorstellungen der Linken, turbulenten Strömung und der DGB-Versammlung waren in der Zielsetzung gleich:

- Betriebsversammlungen sollten für das Thema genutzt werden.
- Die Jugendvertreter müssen angesprochen werden, um mit Jugendlichen/Azubis Veranstaltungen z.B. mit der jüdischen Gemeinde zu vereinbaren.

- Die Stadt sollte Kulturveranstaltungen mit internationalem Programm durchführen.
- Die Initiative zur Einladung von

ehemaligen Wuppertaler Zwangsarbeiter soll aktiv unterstützt werden (hierbei hat Bayer eine besondere Verantwortung) um die Vergangenheit aufzuarbeiten.

- Demonstrationen gegen Rechts müssen organisiert werden, jede/r sollte für sich überlegen, ob sie/er hieran teilnehmen kann.

Vor allem aber muss jede Organisation, Gewerkschaft, Betriebsrat, Parteien, und die Polizei sich fragen, wo die eigenen Fehler sind:

Wo haben wir selbst versagt?

